

AKTUELLE Pressemitteilung

Staatsanwalt fordert Todesstrafe vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara für den kurdischen Politiker Cevat Soysal, der in Deutschland asylberechtigt ist.

(Zugleich „Wie nah ist uns Kurdistan?“ – Nr. 52 bzw. „Wie nah ist uns die Türkei?“ Nr. 4)

1.

Nach einer Mitteilung des Verteidigers von Cevat Soysal wurde am gestrigen Hauptverhandlungstag, dem 12.12.2000, vom Vertreter der Staatsanwaltschaft in seinem zwanzigminütigen Plädoyer nach monatelanger Hauptverhandlung der Schlußantrag gestellt: Er verlangte die Verurteilung gem. Artikel 125 des türkischen Strafgesetzbuchs (tStGB, Separatismus/Hochverrat).

Zur Begründung bezog er sich auf drei Beweismittel: Tonbänder, die Stellungnahmen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalans (in dem gegen ihn gerichteten Verfahren) und sechs Zeugen, die der Polizei gegenüber angegeben hätten, der Angeklagte habe Anschläge in der Türkei (nach der Entführung Öcalans) angeordnet.

Die Zeugen haben ihre Beschuldigungen gegen Cevat Soysal später widerrufen, sie seien bei der Polizei gefoltert worden. Die Tonbänder, die nicht einmal in der Hauptverhandlung gehört wurden, gäben keinen Aufschluß über den Beschuldigten als Sprecher, der bestritten hat, der Urheber zu sein.

Der Angeklagte Cevat Soysal erklärte, daß er wegen der schweren Folterungen und seiner daraus resultierenden physischen und psychologischen Gesundheitsschäden, die nicht behandelt worden seien, nicht in der Lage sei, seine Verteidigung vorzubereiten. Nachdem der Staatsanwalt dem widersprach, wurde die Hauptverhandlung bis zum 21. Dezember unterbrochen, damit die Verteidigung ihre Schlußplädoyers vorbereiten könne, obwohl diese darauf bestand, daß die Zeit viel zu kurz sei. Wegen der Einzelheiten verweise ich auf beigefügte Übersetzung einer Erklärung des Rechtsanwalts aus der Türkei.

Wir haben mit gleicher Post diese neue Entwicklung, die Schlimmstes befürchten läßt, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg im Rahmen des dort anhängigen Beschwerdeverfahrens vorgetragen und rechnen mit einer Entscheidung in Kürze.

2.

Während Premierminister Ecevit auf dem „Europagipfel“ in Nizza seinen Willen zur Aufnahme der Türkei in die EU dokumentierte, nachdem er einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe in der türkischen Nationalversammlung vorgelegt hatte, hatte sich zunächst der Generalstab als eigentlicher Machthaber in der Türkei zu Wort gemeldet und offiziell erklärt, daß die Politik gegenüber den nichtassimilierten Kurden in der Türkei nicht geändert werden dürfe; ein Fernsehen in kurdischer Sprache komme nicht in Betracht, ebensowenig irgendein Nachgeben oder auch nur eine Verhandlung mit der PKK. Diese friedens- und menschenrechtsfeindlichen Perspektiven sollen offenbar durch das Vorgehen der politischen Justiz im Fall von Cevat Soysal flankiert werden. Ist er doch schon anläßlich seiner Entführung durch den türkischen Geheimdienst vor mehr als einem Jahr als Geisel und Provokation gegen die Europaöffnung mißbraucht worden.

Der Fall Cevat Soysal hatte im letzten Jahr für große Aufmerksamkeit der internationalen Medien gesorgt. ***
Fischer u.a.,

Für weitere Informationen stehen wir wie immer gern zur Verfügung

Bremen, den 13.12.2000

Renate Schultz

H.-Eberhard Schultz